

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 18 (1977)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

### Charta 77 für Aktionseinheit

Jiri Pelikan, früher im Zentralkomitee der KPTsch und langjähriger Leiter des tschechoslowakischen Fernsehens, 1970 wegen seines Festhaltens an den Gedanken des «Prager Frühlings» ausgebürgert und heute in Rom Chefredaktor der «Listy», welche die freiheitlich-sozialistischen Anliegen der nach der sowjetischen Normalisierung aufgehobenen «Literarni Listy» weiter verfiicht, dieser Mann also, der sich als Eurokommunist ausserhalb dieser Benennung nicht ausgeben, sondern bewährt hat, schreibt zur Charta 77:

*Die Bewegung um die Charta 77 stellt eine neue Etappe in der Entwicklung der Opposition in der Tschechoslowakei dar und schliesst sich der allgemeinen Bewegung in den Ländern Osteuropas an.*

*Zuerst einmal, weil es sich um eine politische Plattform handelt, um die sich die verschiedenen sozialen Schichten des Landes zusammengeschlossen haben, um die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen, wie sie in den internationalen Konventionen und in den Abkommen von Helsinki garantiert sind, die auch die tschechoslowakische Regierung unterschrieben hat, sowie durch die Verfassung und die Gesetze des Landes, die aber vom Besatzerregime ständig missachtet werden. Die Charta 77 ersetzt also die Oppositionsbewegungen und Oppositionsgruppen nicht, die mit ihrer eigenen Position weiterbestehen werden, doch fasst sie die Charta für gemeinsame und demnach wirksamere Aktionen zusammen.*

*Hinzu kommt die wichtige Tatsache, dass diese Initiative mit einem neuen Elan in den andern Ostländern zusammenfällt: Die Schaffung und Aktivität des Komitees zur Verteidigung der polnischen Arbeiter; das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte von Sacharow und die Gruppe für die Anwendung der Abkommen von Helsinki von Jurij Orlow in der UdSSR; die Protestbewegung gegen die Ausweisung des kommunistischen Dichters Wolf Biermann in der DDR. Unabhängig von den verschiedenen Situationen in den Ostländern sind die Kampfziele die gleichen oder sehr ähnlich: Verteidigung der Meinungs- und Organisationsfreiheit, die Forderung nach gewerkschaftlicher Autonomie und nach Mitsprache der Arbeiter bei der Leitung der Betriebe, Abschaffung des Machtmonopols der Bürokratie, der Einheitspartei, der Zensur und der Repression.*

(Zitiert aus «bresche», Zürich, vom 29. I. 1977)

Die neue Etappe im Kampf um Menschen- und Bürgerrechte im Sowjetlager besteht demnach in einem doppelten Schulterschluss: einmal im Schulterschluss der verschiedenen Oppositionsträger und Bevölkerungsschichten ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Vorstellungen und dann im Schulterschluss jener Kräfte zwischen den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion. Eine gemeinsame gesellschaftliche und internationale Plattform ist in Entstehung begriffen.

Ist das wahr, ist das neu, ist das eine Etappe?

Soweit es um die verschiedenen Schichten der Bevölkerung geht, ist jedenfalls im osteuropäischen Vorgelände der Sowjetunion an der Grund-

lage zur Gemeinsamkeit schon längst nicht zu zweifeln. 1956 war der erste Beweis noch überraschend gekommen. Die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen hatten bis zum Aufstand entgegen der Doktrin aneinander vorbeigelebt. Und dann fanden sie sich in unglaublich kurzer Zeit auf der gemeinsamen Plattform der Revolution. Die «Konterrevolution» ohne Anleitung brachte es tatsächlich zu einer klassenverbindenden Einmütigkeit, die noch keine doktringemässe Revolution je bewirkt hatte.

Dann ist an die CSSR von 1968 zu erinnern. Noch während des «Januarkurses» hatte man, wenn auch abnehmend, soziologisch gerätselt, welche «Sektoren» der Bevölkerung sich wie zur Entwicklung verhielten. Die Tage der Invasion beseitigten den letzten Zweifel.

Es gibt in Osteuropa eine Hauptsache, über die sich die Mehrheit in allen Schichten ausser der herrschenden durchaus einig ist. Die im zitierten Text genannten «Kampfziele» gehören alle eigentlich lediglich dazu. Ihnen entgegen steht das zwangsimpotierte System.

Das ist die Grundlage der Einigkeit, wie sie in Osteuropa sicherlich und in Teilen der Sowjetunion wahrscheinlich besteht. Sie ist elementar, und sie darf und soll sogar lapidar festgestellt werden. Weil man sie sonst vor lauter Differenzierungen leicht vergisst.

Denn differenzieren muss man von jetzt an, weil die grundlegende Solidarität nur in Ausnahmesituationen dazu kommt, sich «von selbst» kundzutun, und weil sie in ihren Manifestationen bisher immer besiegt wurde.

Und in der Zwischenzeit sind die Leute, die Initiativen für Menschen- und Bürgerrechte ergreifen, immer noch mutige Individuen, auch dann, wenn sie Gruppen oder Bewegungen bilden. Aus-

sergewöhnliche Gestalten in einer Masse von Personen, die schon übergenug damit zu tun haben, sich durchs Leben zu winden. Oder ist das doch anders geworden?

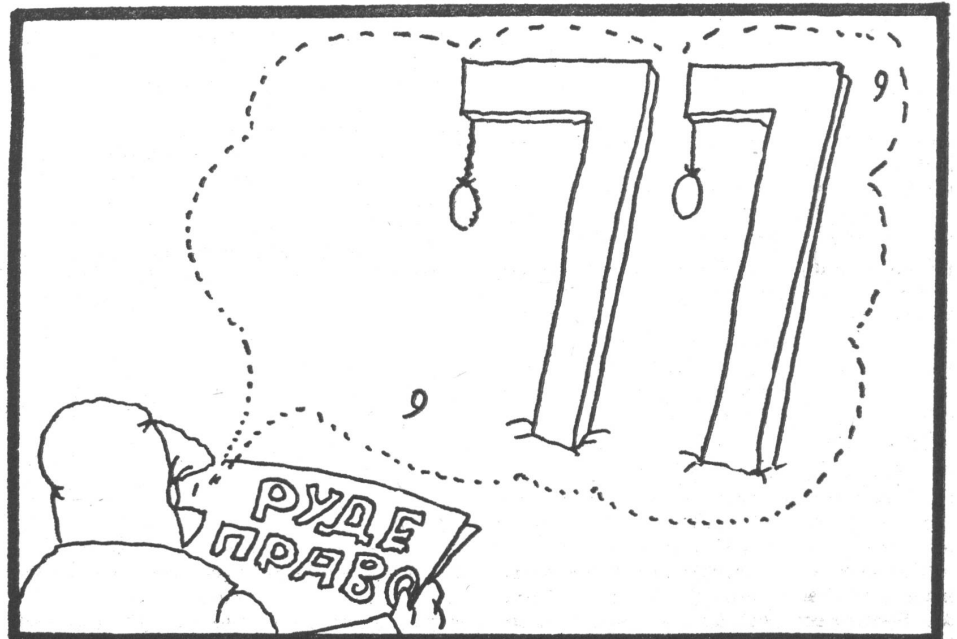
Gerade am Fall der Charta 77 muss man sich die Antwort mehrfach überlegen. Auf den ersten Blick scheint sie nämlich fast das schlechtest mögliche Beispiel für eine neue Etappe abzugeben. Wer sind die Unterzeichner? Sie gehören zum grossen Teil jener Intelligenzia an, die 1968 den Prager Frühling repräsentierte, unter den Behörden oder unter den geistigen Impulsgebern. Die gleichen Kreise und zumeist die gleichen Leute, die bloss inzwischen bald zehn Jahre älter geworden sind. Da hätten die Machthaber (d. h. die Machtbeauftragten Moskaus) etwas zu lachen, wenn sie nur selber jünger wären.

Und was ist mit dem Einbezug neuer sozialer Schichten? Er lässt sich makabrerweise am ehesten daraus ableiten, dass viele Prominente von 1968 heute als Hilfsarbeiter tätig sind. (Man hörte im Westen, dass etlichen Unterzeichnern der Führerscheine entzogen wurde, und dachte sich vielleicht: Na, könnte schlimmer sein. Nur bedeutete das für einige der Betroffenen sehr viel, weil sie als Taxifahrer ihr Auskommen finden.)

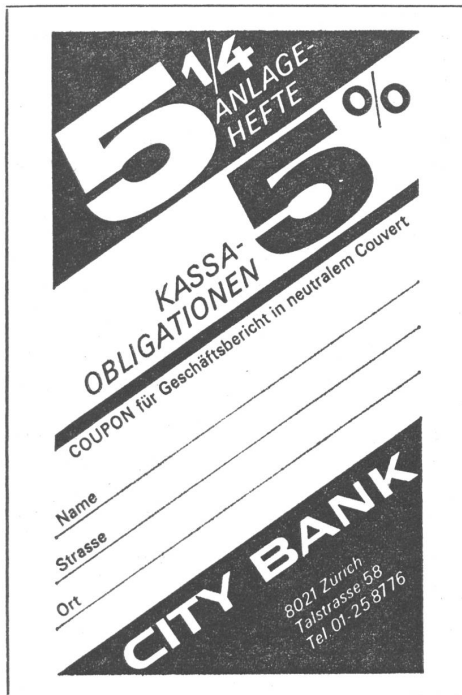
Ist die Charta 77 demnach bloss eine Sammlung von Ehemaligen mit einem erweiterten Kreis von Unterzeichnern? Im personellen Kern ihrer Prominenz mag sie es sein — oder mindestens im Ausland scheinen. Aber: Angesichts dieser Namen ist es um so auffälliger, wie wenig ehemals ihr Inhalt ist.

Tatsächlich hat man es in keiner Weise mit einer nostalgischen Beschwörung des Prager Frühlings zu tun. Es handelt sich auch nicht um einen neuen Appell zu einem neuen Sozialismus mit menschlichem Gesicht oder um ein Bekenntnis für sozialistische Demokratie oder um die For-

## ПОВЕЉА О „ПОВЕЉИ 77“



Charta über die «Charta» 77. Eine ungewöhnlich scharfe jugoslawische Karikatur («Pobjeda», Titograd, 15. I. 1977) über die Reaktion der Prager Machthaber. Sie wünschen, wie aus dem Tonfall der Parteilzeitung «Rude pravo» hervorgeht, den Feinden des Sozialismus die gleiche abschliessende Behandlung, die man in den fünfziger Jahren unter Stalin anzuwenden pflegte.



derung nach marxistischer Renaissance. Nein. Die Charta 77 ist überhaupt nicht programmatisch und will es ganz ausdrücklich nicht sein. Sie ist zugleich schlichter und radikaler. Sie prangert die systematische Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte an; sie verlangt deren Respektierung. Und zwar ohne Vorbedingung. Das bedeutet nicht notwendigerweise eine Abkehr von den 68er Positionen, aber den Verzicht auf ihre obligate Anrufung. Sie war von einzelnen der heutigen Unterzeichner schon damals relativiert worden. Ludvik Vaculik hatte in seinen «2000 Worten» auch einer geläuterten Partei das Recht abgesprochen, das Verdienst am Januarkurs für sich allein zu beanspruchen: Nur sie allein habe dank ihrer früheren Machtanmassung die privilegierte Stellung gehabt, vom bisherigen Kurs der Willkür abzugehen; dass die entmündigten Alternativkräfte dazu nicht fähig gewesen seien, müsse man nicht ihnen, sondern ihren Vormündern anlasten. Und Vaclav Havel hatte sich für ein politisches System mit Opposition ausgesprochen — im Rahmen von systembejahenden Parteien. Aber das waren schon damals abweichende — wenn auch nicht verfolgte — Meinungen gewesen.

Für die behördlichen Vertreter des Reformkurses in Staat und Partei ebenso wie für viele der tonangebenden Intellektuellen (etwa für Pavel Kohout unter den heutigen Charta-Unterzeichnern) war die Anrufung des Sozialismus damals und noch lange nachher immer die Vorbedingung für die Anrufung allgemeiner Rechte und Fortschritte gewesen.

Und das nun ist ein Element, auf das die Charta 77, getragen in erster Linie von ehemaligen Reformkommunisten, völlig verzichtet. Wer es unter den Unterzeichnern hochhalten will, mag es tun. Aber es hat aufgehört, ein Kriterium zur Mitsprache zu sein, wenn es um die grundlegenden Forderungen geht, die man (wenigstens mit Vorrang) an ein sozialistisches Land richtet.

Es ist durchaus ein ausdrückliches Vermerkenswert, dass die kommunistischen Neuerer, auf die man sich im Westen so häufig zur sozialistischen

Ideologierettung abgestützt hat, auf das verführerische ideologische Alibi zu verzichten gelernt haben. Sie sagen nicht mehr: Wir dürfen die Menschenrechte fordern, weil wir ja auch (oder: weil gerade wir) für den Sozialismus sind. Sie haben aufgehört, die Einhaltung der Menschenrechte «im Interesse des Sozialismus» zu fordern. Oder das eine vom andern abhängig zu machen. Sie treten für Menschenrechte ohne ideologische Vorbedingungen ein, und sie heissen ohne ideologische Vorbedingung jedermann willkommen, der es mit ihnen tun will.

\*

Das ist ein Schlag gegen ein Vorurteil, das schon viel Schaden angerichtet hat. Nämlich gegen die Meinung, dass die «Feinde der sozialistischen Ordnung» disqualifiziert seien, über ihre Zustände zu reden. Als ob die Inquisition ein Traktandum lediglich für Katholiken wäre, oder auch nur für Christen, oder auch nur für Gottgläubige.

Vielleicht kommt noch die Zeit, da man das auch im Westen lernt. Denn hier gilt es nicht nur in «reformkommunistischen», sondern auch in nichtkommunistischen Kreisen seltsamerweise als progressiv, sozusagen die konfessionelle Zugehörigkeit als Befähigungsattest zur Kritik an kirchlichen Zuständen vorzusetzen. Die «Mängel» (und Verbrechen) der sozialistischen Ordnung aufzudecken, ist nach dieser weitherum propagierten Ansicht denjenigen vorbehalten, die grundsätzlich die Güte dieser Ordnung bejahen. Und das ist letzten Endes genau die Anmassung, die zur Einschränkung bis Aufhebung der Menschenrechte für Andersdenkende geführt hat und führen musste.

Und die gleiche Anmassung schimmert sogar aus dem treuerzigen Einstehen für Menschenrechte durch, das eine an sich rührende ideologische Motivation angibt: Der Kampf für Menschenrechte sei in sozialistischen Ländern eben deshalb wichtig, weil schliesslich nur der Sozialismus die Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten könne. Das ist ein Glaubenssatz, der jeglicher geschichtlicher Evidenz entbehrt. Man stelle sich vor: Der Kampf für die Rechte der Schwarzen in Südafrika ist deshalb vordringlich, weil allein das endlich richtig angewandte Prinzip der Apartheid ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Rassen garantiert. (Uebrigens spricht die Charta 77 ausdrücklich von der Apartheid in der CSSR.) Das eine ist genau so logisch wie das andere. Nun liesse sich vielleicht sagen: Macht nix, besser man steht egal mit welcher Begründung für die Menschenrechte im Osten oder im Süden ein als überhaupt nicht. Bloss: Wenn die systembejahenden Begründungen den unbedingten Kampf für die Menschenrechte ausschliessen, sind wiederum diese die Verlierer.

Wenn eine schweizerische demokratische Partei bei den DDR-Behörden gegen die menschenrechtswidrige Ausbürgerung Biermanns protestiert, der sich zum Sozialismus bekenne, dann macht der zusätzliche Hinweis die menschenrechtliche Sache nicht besser, sondern schlechter. Denn falls es sich wirklich um ein antisozialistisches Element gehandelt hätte, dann allerdings... Das war vielleicht nicht genau so gemeint. Aber ziemlich sicher im Minimum doch so, dass es Menschen gibt, die es dank ihrer Ideologie mehr als andere verdienen, in den Genuss der Menschenrechte zu kommen.

Und von dieser eingewohnten Schlagseitigkeit hat die Charta 77 Abstand genommen. In dieser

Hinsicht (und wie immer es mit den «sozialen Schichten» bestellt sein mag) hat sie wirklich eine neue Plattform geschaffen.

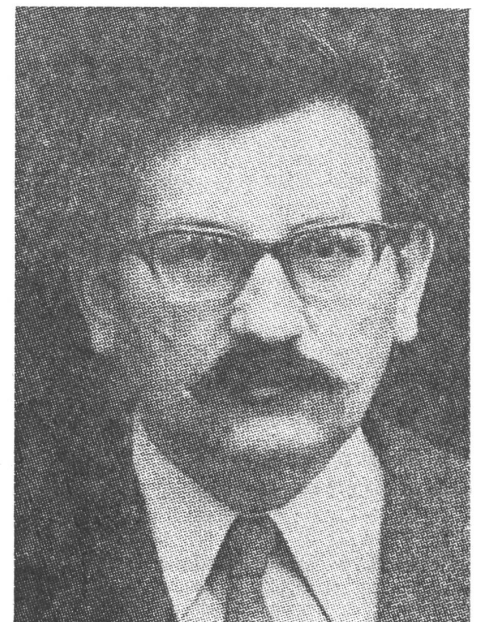
\*

Und es trifft ebenfalls zu, dass die tschechoslowakische Initiative mit einem neuen Elan in andern osteuropäischen Ländern zusammenging, und zwar nach den gleichen übergeordneten Kriterien.

Wobei die Solidarisierung der betreffenden Kräfte über die Landesgrenzen hinweg ebenfalls ein Faktor wird, der in Erscheinung tritt, auch wenn er sich machtmässig noch nicht gross auswirken kann. Immerhin, er besteht. Das Hauptbeispiel war das «Komitee zur Verteidigung der polnischen Arbeiter» (wobei in Polen fraglos auch der Zusammenhang zwischen den verschiedenen sozialen Schichten für menschen- und bürgerrechtliche Belange in den letzten acht Monaten stärker geworden ist), das sich ganz direkt der Charta 77 angeschlossen hat. Auch in Ungarn gab es eine Unterschriftensammlung unter Intellektuellen.

Doch ist der Trend sowohl in Osteuropa als auch in der UdSSR nicht erst von heute: In der oppositionellen Bewegung verliert die reformkommunistische Komponente allmählich an Bedeutung, während die menschenrechtliche Komponente ohne ideologische Vorbedingung (ja, unter Verzicht selbst auf das taktische Lippenbekenntnis) stärker geworden ist. Der Westen hat Mühe, das zu begreifen. Wie er auch Mühe hat, seinen Beitrag dazu einzusehen. Sonst wäre es nicht möglich, dass zum Beispiel die westlichen Radiosendungen (wie von Radio Liberty), die eine Voraussetzung zur gegenseitigen Information unter den Menschenrechtsgruppen bilden (wie sollte der Sowjetbürger denn sonst überhaupt etwas von der Charta 77 wissen?) bei uns als Institutionen des Kalten Krieges begriffen werden, die man im Interesse der menschenrechtsförderlichen Entspannung besser abschaffen sollte. Abschaffen sollte man etwas anderes: Unsere Bemühung, den Menschen drüben mit einem ideologischen Verständnis «entgegenzukommen», das sie selber verloren haben.

cb



Ludvik Vaculik